



1	Abteilungsübergreifendes .....	1
1.1	Bilanz .....	1
1.2	Kommissionsempfehlungen für die strategische Agenda ab 2019.....	1
1.3	Soziale Ausrichtung des Budgets.....	2
1.4	Bürgerinitiative zur Ausrichtung der Kohäsionspolitik.....	2
2	Zukunft Europas - Europawahl .....	3
2.1	Nach der Wahl .....	3
2.2	Grüne.....	3
2.3	BDI/BDA.....	3
3	Arbeit .....	4
3.1	Jugendgarantie .....	4
3.2	Neue Arbeitsplätze.....	5
3.3	Europäisches privates Altersvorsorgeprodukt.....	5
4	Gesundheit - Arzneimittel .....	5
5	Soziales.....	5
5.1	Kindergarantie.....	5
5.2	Armutsbekämpfung .....	6
6	Veranstaltungshinweise.....	6
7	Links .....	7

## 1 Abteilungsübergreifendes

### 1.1 Bilanz

Die Europäische Kommission hat am 30. April 2019 gemeinsam mit Empfehlungen für eine zukünftige Strategie (s. 1.2) auch ihre Arbeit in der auslaufenden Amtszeit bilanziert. Sie legte 471 neue Legislativvorschläge vor und führte mehr als 44 Vorschläge weiter, die von früheren Kommissionen vorgelegt worden waren. 348 dieser Vorschläge wurden vom Europäischen Parlament (EP) und vom Rat angenommen oder gebilligt - in etwa 90% mit einstimmiger Billigung im Ministerrat. Sie listet ihre 20 wichtigsten Errungenschaften (darunter die Revision der Entsende-RL) sowie 10 wichtige noch anhängige Vorschläge (darunter die Revision der VO zur Koordinierung der sozialen Sicherheit) auf.

[https://ec.europa.eu/commission/the-top-EU-achievements-2014-2019\\_de](https://ec.europa.eu/commission/the-top-EU-achievements-2014-2019_de)

[https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/euco-sibiu-annex-iv\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/euco-sibiu-annex-iv_en.pdf)

### 1.2 Kommissionsempfehlungen für die strategische Agenda ab 2019

Die Europäische Kommission hat am 30. April 2019 politische Empfehlungen zur Strategie für die EU nach 2019 vorgestellt und Vorschläge unterbreitet, wie gemeinsame Entscheidungen besser vermittelt werden können.

Nach ihrer Meinung sollten künftige Maßnahmen auf die 5 Dimensionen Schutz, Wettbewerbsfähigkeit, Fairness, Nachhaltigkeit und Einfluss ausgerichtet werden.

Sie nennt konkret als Ziele u.a. den Wandel des europäischen Arbeitsmarkts zu unterstützen, die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, soziale Inklusion und Gleichstellung, hochwertige, erschwingliche und zugängliche Gesundheitsver-



sorgung und den Zugang zu energieeffizientem und erschwinglichem Wohnraum von hoher Qualität für alle.

Am 9. Mai 2019 werden die EU-Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel zusammenkommen, um über die politischen Ziele zu beraten und die strategische Agenda auszuarbeiten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190430-sibiu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190430-sibiu_de)

### 1.3 Soziale Ausrichtung des Budgets

Die sozialdemokratischen Europa-Staatssekretäre und Ministerinnen Deutschlands, Portugal, Maltas, Spaniens und der Slowakei haben in einem Namensartikel ihre Vorstellungen zur Ausrichtung des nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmens dargelegt. Das Budget müsse sich an der Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und der Stärkung von Zusammenhalt und Konvergenz ausrichten. Europa müsse starke Wohlfahrtsstaaten gewährleisten, die die sich wandelnden Bedürfnisse der Gesellschaft unterstützen. Gleichheit und Nichtdiskriminierung seien unverhandelbare Prinzipien. Es gelte in die nächste Generation zu investieren und Kinderarmut zu beseitigen.

<https://www.euractiv.com/section/future-eu/opinion/if-europe-doesnt-care-for-the-people-the-people-wont-care-for-europe/>

### 1.4 Bürgerinitiative zur Ausrichtung der Kohäsionspolitik

Die Europäische Kommission hat am 30. April 2019 die rechtliche Zulässigkeit einer neuen Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“ bestätigt und diese registriert. Im Jahr 2013 hatte die Kommission den Beschluss gefasst die Registrierung abzulehnen, der jedoch am 7. März 2019 vom Gerichtshof der EU aufgehoben wurde. Im Anschluss an das Urteil hat die Kommission die Zulässigkeit erneut geprüft - nicht ihren Inhalt. Dies geschieht erst, falls sich innerhalb eines Jahres 1 Mio. Unterstützer aus mindestens 7 Mitgliedstaaten hinter die EBI stellen. Die Kommission hat für ihre Prüfung 3 Monate. Sie kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Die Initiatoren der EBI wollen, dass die EU „Regionen mit nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sprachlichen Besonderheiten, die sich von denen der umliegenden Regionen unterscheiden, besondere Aufmerksamkeit widmet.“ Daher fordern sie dafür zu sorgen, dass „diese Regionen die gleiche Möglichkeit haben, auf verschiedene EU-Fonds zuzugreifen [...], damit die Entwicklung der EU gefördert werden kann und deren kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.“

<http://www.nationaleregionen.eu/>



## 2 Zukunft Europas - Europawahl

### 2.1 Nach der Wahl

Die Abläufe nach der Wahl sind fest geregelt, aber je nachdem, wie lange die Auseinandersetzungen über die Kandidaten für die Kommission andauern, kann der theoretische Termin für ihren Amtsantritt (1. November) auch monatelang überschritten werden.

In der letzten Maiwoche, direkt nach der Europawahl treffen sich die neu gewählten Abgeordneten in Brüssel, um Fraktionen und Ausschüsse zu bilden.

Im Juni berät sich der Präsident des Rates mit dem Parlament über einen möglichen Kandidaten – unter Berücksichtigung der Wahlergebnisse - für das Amt des Kommissionspräsidenten. Am 20./21. Juni wird der Kandidatenvorschlag den Staats- und Regierungschefs präsentiert. Diese entscheiden mit qualifizierter Mehrheit über die Personalie.

Das EP konstituiert sich am 2. Juli und wählt Mitte Juli – mit der Mehrheit seiner Mitglieder - die neue Kommissionsspitze.

Im Verlauf des Sommers nominieren die Regierungen – in enger Abstimmung mit dem neuen Kommissionspräsidenten - ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommission. Diese müssen sich bis Ende Oktober in Anhörungen den Abgeordnetenfragen stellen. Wenn alles glattgeht, könnte die Kommission Ende Oktober vom EP gewählt werden und am 1. November ihr Amt antreten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/elections-press-kit/2/spitzenkandidaten-und-wahl-der-europaischen-kommission>

[http://www.europarl.europa.eu/sed/doc/news/lookingaheadagenda/21361/Cal2019\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/sed/doc/news/lookingaheadagenda/21361/Cal2019_en.pdf)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2010:083:FULL&from=DE> (Kap. 17)

### 2.2 Grüne

Die Fraktion der Grünen im Europaparlament hat am 29. April 2019 auf vier Seiten ihre Vorstellungen einer Europäischen Sozial-Union formuliert. Sie fordert ein soziales Europa, das die Menschen und den Planeten vor den Profit stellt, auch um das Vertrauen der Menschen in das europäische Projekt zurückzugewinnen. Sie schließt sich den Forderungen nach neuer EU-Gesetzgebung an, die ein ehrgeiziges Mindestmaß sozialer Rechte und politischer Verpflichtungen festlegt. Ihre Forderungen schließen ein EU-weites Grundeinkommen und EU-weite Standards für eine Arbeitslosenversicherung ein.

<http://extranet.greens-efa-service.eu/public/media/file/1/6009>

### 2.3 BDI/BDA

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft bekennen sich klar zur EU. Nur gemeinsam könne es den Europäern gelingen, die großen Zukunftsfragen zu beantworten. Sie wollen sich in die Diskussion, wie sich Europa für die Zukunft aufstellen soll,



aktiv einbringen. Im Vorfeld der Europawahl haben sie daher 10 Ziele für ein starkes Europa und die Vorteile der EU-Mitgliedschaft für Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger benannt. In einer am 29. April 2019 veröffentlichten Europawahl-Broschüre schlagen sie außerdem Maßnahmen vor, die Europa aus ihrer Sicht wirtschaftlich und politisch voranbringen können.

Darin fordern sie u.a., die Entsenderegelungen zu erleichtern, um den Freiraum im Binnenmarkt zu stärken. Ein funktionierender Binnenmarkt schaffe die Basis für ein sozial starkes Europa. Sie wollen Europa zum Vorreiter der Digitalisierung machen. Die Sozialpartner bräuchten Spielraum, um die digitale Arbeitswelt zu gestalten. Die EU möge die digitalen Kompetenzen der Beschäftigten unterstützen.

Weiterhin wollen sie die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit optimieren, Talente für die EU gewinnen, die Arbeitsmobilität stärken, indem Hindernisse abgebaut und Missbrauch bekämpft wird.

Außerdem unterstreicht die Industrie die Subsidiarität und fordert von der EU, nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu respektieren. Die Vielfalt der Arbeitsmärkte müsse erhalten bleiben und die Gestaltung der Sozialsysteme in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben. Europaweit sollten Sozialpartner und der soziale Dialog gestärkt werden. Zudem müsse das Europäische Semester genutzt werden, um Impulse für solide finanzierte Sozialsysteme zu geben.

<https://www.zukunft-wählen-europa.de/#thesen>

<https://www.zukunft-wählen-europa.de/#linktipps>

## 3 Arbeit

### 3.1 Jugendgarantie

Die Europäische Kommission hat am 30. April 2019 Arbeitslosenzahlen veröffentlicht, die den Erfolg der sog. Jugendgarantie widerspiegeln. Die Jugendgarantie ist die i.R. einer Ratsempfehlung gegebene Zusage aller EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, dass alle U-25-Jährigen innerhalb von 4 Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten. Seit 2014 haben mehr als 14 Mio. junge Menschen profitiert. Sowohl die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in Höhe von 14,6% als auch die Quote der 15- bis 25-Jährigen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden (NEET) in Höhe von 10,2% haben den niedrigsten Stand seit Inkrafttreten der Jugendgarantie 2014. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in allen Mitgliedstaaten zurückgegangen, auch in den am stärksten betroffenen Staaten wie Griechenland, Italien und Spanien. Deutschland schneidet überdurchschnittlich gut ab.

Die jüngsten Daten weisen jedoch auch darauf hin, dass trotz der guten Fortschritte weitere Anstrengungen erforderlich sind, denn die Jugendarbeitslosenquote in der EU ist immer noch doppelt so hoch wie die Gesamtquote. Trotz der guten Tendenz gibt es immer noch mehr als 5 Mio. NEETS.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190430-jugendgarantie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190430-jugendgarantie_de) (Link länderspezifische Factsheets S. 6)



## 3.2 Neue Arbeitsplätze

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU hat am 26. April 2019 die Ergebnisse ihrer - mit Unterstützung der GD Beschäftigung – in 20 EU-Staaten auf Unternehmensebene durchgeführten empirischen Analyse der Schaffung von Arbeitsplätzen vorgelegt. Die Analyse ergänzt die existierenden Statistiken. Es kristallisierte sich heraus, dass junge KMU den größten Beitrag zur Schaffung von Nettoarbeitsplätzen leisten. Gleichzeitig wurden die Hindernisse analysiert, die weitere politische Aufmerksamkeit verdienen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=9356&furtherNews=yes>

## 3.3 Europäisches privates Altersvorsorgeprodukt

Die Aufsichtsbehörde für berufliche Altersversorgung (EIOPA), die eine maßgebliche Rolle bei der Umsetzung der Verordnung zur Einführung eines europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukts (PEPP) spielt, hat am 2. Mai 2019 eingeladen, sich für die einschlägige Expertengruppe bis zum 21. Mai zu bewerben. Die Gruppe dient dem Wissensaustausch und begleitet die Umsetzung der VO. Bewerber sollten Kompetenzen und Berufserfahrung nachweisen können, einschl. branchenübergreifendem Wissen über persönliche Altersvorsorgeprodukte; mit dem europäischen Versicherungs-, Renten-, Banken- und Vermögensverwaltungssektoren; in einem internationalen, branchenübergreifenden Umfeld sowie hervorragende Englischkenntnisse haben.

<https://eiopa.europa.eu/Publications/2019-02-05CallExpertsPEPPRegulation.pdf>

## 4 Gesundheit - Arzneimittel

Die Europäische Kommission hat am 3. Mai 2019 eine neue Version ihres Unionsregisters für Arzneimittel eingeführt. Das Register existiert seit 1995 und listet alle Human- und Tierarzneimittel (über 1.300) auf, die von der Kommission im zentralisierten Verfahren zugelassen wurden. Sie umfasst auch die Ausweisung von Arzneimitteln für seltene Leiden, abgelehnte Zulassungen und Überprüfungen im Zusammenhang mit national zugelassenen Arzneimitteln. Das Update bietet zusätzliche Funktionen, einschließlich Filter- und Exportfunktionen.

[http://ec.europa.eu/health/documents/community-register/html/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/documents/community-register/html/index_en.htm)

## 5 Soziales

### 5.1 Kindergarantie

Die Europäische Kommission hat am 30. April 2019 die Auswertung der Konsultation zur Kindergarantie, die im Rahmen einer Machbarkeitsstudie durchgeführt wurde, vorgelegt.





Die Idee zur Kindergarantie hat das Europäische Parlament im Jahr 2015 eingebracht. Die EU-Staaten sollen sich verpflichten sicherzustellen, dass jedes Kind Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung, frühkindlicher Erziehung und Betreuung, angemessenem Wohnraum und ausreichend Nahrung hat. Mehr als ein Viertel aller Kinder in der EU ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Die große Mehrheit gab in der Konsultation an, dass ihr Land mehr tun müsse, um Kinderarmut zu bekämpfen und erwartete auch von der EU, dass sie ihre Unterstützung ausbaut. Es bedürfe eines strategischen und koordinierten Ansatzes zur Bekämpfung von Kinderarmut und einer effizienteren Nutzung der Mittel.

Die Machbarkeitsstudie wird bestehende Systeme analysieren und diese mit einem Kindergarantie-System vergleichen, das sich auf Kinder in prekären familiären Situationen, Kinder, die in Einrichtungen wohnen, Migranten- und Flüchtlingskinder und Kinder mit Behinderungen konzentriert. In der zweiten Hälfte 2019 sind thematische Workshops zu jeweils einer dieser Gruppen geplant. Zu Beginn des Jahres 2020 soll ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=9359&langId=en>

## 5.2 Armutsbekämpfung

Europaweit sind 56% der jungen Menschen zwischen 15 und 30 Jahren der Ansicht, dass die Bekämpfung von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit zu den wichtigsten Betätigungsfeldern der EU in den nächsten 10 Jahren zählen sollte. Umweltschutz und die Verbesserung von Bildung und Ausbildung erreichten noch höhere Werte. Unter den Deutschen sahen sogar 69% die Armutsbekämpfung als Toppriorität. Dies ergab eine am 29. April 2019 veröffentlichte Eurobarometerumfrage. Das Jugend-Eurobarometer wurde zum Start der 9. Europäischen Jugendwoche, die vom 29. April bis zum 5. Mai stattfindet, veröffentlicht.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190429-umfrage-eu-top-prioritaeten\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190429-umfrage-eu-top-prioritaeten_de)

## 6 Veranstaltungshinweise

Das jährliche Arbeitsforum 2019 der Europäischen Kommission zur Umsetzung des UN-Abkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen tagt am 13. Mai 2019 in Brüssel. Es geht u.a. um Erfahrungsaustausch und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt auf politischer Partizipation und der Frage des Zusammenspiels zwischen der Konvention und anderen internationalen Übereinkommen. Die Teilnahme bedarf einer Einladung.

<http://www.coface-eu.org/disability/2019-work-forum-on-the-implementation-of-the-un-convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities-in-the-eu-and-its-member-states/>

Die 4. Jahreskonferenz für integratives Wachstum, bei der es darum geht, wie integratives Wachstum zu Beschäftigung und des sozialen und territorialen Zusammenhalts erreicht werden kann, findet am 20. Mai 2019 in Brüssel statt. Im Mittelpunkt sollen die soziale Dimension der EU sowie die Anpassungsmöglichkeiten der bestehenden



# Nachrichten aus Europa

29. April bis 3. Mai 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,  
ARBEIT, GESUNDHEIT  
UND DEMOGRAPHIE

Sozialmodelle an zukünftige Herausforderungen sowie Lösungen zur Armutsbekämpfung und Eingliederung stehen. Die Teilnahme bedarf einer Einladung.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&furtherEvents=yes&eventsId=1394&langId=en>

## 7 Links

Lobby Control: EU-Lobbyreport 2019

<https://www.lobbycontrol.de/eu-lobbyreport-2019/>

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Newsletter April 2019 (Arbeitnehmerrechte in der RL grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschüsse, Tarifverhandlungen in der EU, digitale Arbeitsvermittlungsplattformen, Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter, Einstellung von Plattformarbeitern zu Gewerkschaften, Rolle der Eur. Säule sozialer Rechte im Eur. Semester, Erstattungsregeln für entsandte Arbeitnehmer in der EU) (en)

<https://www.etui.org/Newsletter>

Universität Amsterdam: Grenzüberschreitende Solidarität - Bei Beschäftigungskrisen - wie Politikgestaltung die öffentliche Zustimmung hinsichtlich der Risikoteilung bei erhöhter Arbeitslosigkeit beeinflusst (Zusammenfassung)

<https://aisr.uva.nl/content/news/2018/12/eurs.html?1556536380944>

BMAS: Der Europäische Globalisierungsfonds in Deutschland 2014-2020

<https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/40000-europaeischer-globalisierungsfonds-in-deutschland.html>

OECD: Besteuerung der Arbeit

<https://www.oecd.org/tax/taxing-wages-20725124.htm>

[https://read.oecd-ilibrary.org/taxation/taxing-wages-2019/summary/german\\_9b9efa43-de#page1](https://read.oecd-ilibrary.org/taxation/taxing-wages-2019/summary/german_9b9efa43-de#page1) (dt Zsf)

Deutsche Sozialversicherung: Europäische Referenznetzwerke beweisen ihren Mehrwert

<https://dsv-europa.de/de/news/2019/04/europaeische-referenznetzwerke-beweisen-ihren-mehrwert.html>

Bertelsmann-Stiftung: Gesundheitssystem-Digitalisierungsstrategien im internationalen Vergleich

[https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Der digitale Patient/VV SHS-Gesamtstudie dt.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Der_digitale_Patient/VV_SHS-Gesamtstudie_dt.pdf)

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/index.php?id=11340>

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Ein Vergleich ausgewählter Grundrentensysteme in der EU

[https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Gutachten INSM Grundrentensysteme EU.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Gutachten_INSM_Grundrentensysteme_EU.pdf)